

# Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten (Meliorationsverordnung)

vom 2. Juli 1991

---

## I. Zuständigkeit und Koordination

### § 1

<sup>1)</sup> Zuständig für den Vollzug des Gesetzes über Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten <sup>2)</sup> sind das Departement für Inneres und Volkswirtschaft sowie das Landwirtschaftsamt. Zuständigkeit

<sup>2</sup> Bei Bodenverbesserungen, die überwiegend forstwirtschaftlichen Belangen dienen, sind das Departement für Bau und Umwelt sowie das Kantonsforstamt zuständig.

### § 2

Das zuständige Amt stellt sicher, dass die von einem Vorhaben betroffenen kantonalen Stellen rechtzeitig in Form von Mitberichten in das Verfahren einbezogen werden. Koordination

## II. Verfahren

### A. Gesamtmeliorationen

### § 3

<sup>1</sup> Das zuständige Amt prüft Gesuche um Bodenverbesserungen und erarbeitet eine Vorstudie. Diese gibt insbesondere Auskunft über Parzellen-, Erschliessungs- und Bewirtschaftungsverhältnisse sowie ökologische und archäologische Interessen. Vorstudie,  
Einleitung

<sup>2</sup> Der Regierungsrat entscheidet aufgrund der Vorstudie über die Einleitung des Verfahrens.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss RRV vom 3. September 2002.

<sup>2)</sup> 913.2

**§ 4**

Vorprojekt

<sup>1</sup> Nach Bereinigung des Beizugsgebietes erarbeitet das zuständige Amt ein Vorprojekt.

<sup>2</sup> Das Vorprojekt gibt Auskunft über die vorgesehenen Massnahmen und deren Auswirkungen auf die Umwelt. Hinsichtlich Detaillierungsgrad gelten die Anforderungen der Wegleitung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei Meliorationen.

<sup>3</sup> Sofern die Bodenverbesserung nicht der Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt, ist das Vorprojekt der Umweltschutzfachstelle zur Beurteilung vorzulegen.

**§ 5**Genehmigung,  
Beitrags-  
zusicherung

<sup>1</sup> Der Regierungsrat entscheidet aufgrund des Vorprojektes über die Beitragsberechtigung.

<sup>2</sup> Das genehmigte Vorprojekt bildet die Grundlage für den Beschluss über die Gründung des Unternehmens.

**§ 6**

Auflagen

Die Statuten haben öffentliche Auflagen über folgende Bereiche vorzusehen:

1. alter Bestand;
2. Bonitierung;
3. Wegnetz;
4. Veränderung des Wasserhaushaltes;
5. Landschaftsschutz, ökologische Ausgleichsmassnahmen und archäologische Fundstellen;
6. Neuzuteilung;
7. Vermarktung;
8. Kostenverleger.

**§ 7**Abweichungen  
vom Vorprojekt

<sup>1</sup> Nach Durchführung der Auflageverfahren gemäss § 6 Ziffern 3 bis 6 ist ein Bericht zu erstellen, in welchem wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorprojekt dargelegt werden.

<sup>2</sup> Sofern die Bodenverbesserung nicht der Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt, ist der Bericht der Umweltschutzfachstelle zur Beurteilung vorzulegen.

<sup>3</sup> Der Regierungsrat entscheidet über die Änderungen und deren Beitragsberechtigung.

## § 8

Auf Antrag des Korporationsvorstandes kann das zuständige Departement den Änderungsnachweis für einzelne Parzellen vorzeitig genehmigen, sofern sämtliche Einsprachen erledigt sind.

Vorzeitige  
Teilgenehmigung

## § 9

<sup>1</sup> Als Verkehrswert gemäss § 29 Absatz 2 des Gesetzes <sup>1)</sup> gilt der Bonitierungswert multipliziert mit dem Verkehrswertfaktor, zuzüglich allfällige Baulandzuschläge.

Verkehrswert

<sup>2</sup> Der Verkehrswertfaktor entspricht in der Regel dem Verhältnis zwischen den Landbeschaffungskosten und dem Bonitierungswert.

<sup>3</sup> Massgebend sind die im Zeitpunkt des Neuantritts gültigen Werte.

## *B. Andere kulturtechnische Massnahmen*

## § 10 <sup>2)</sup>

Als andere kulturtechnische Massnahmen gelten Bodenverbesserungen gemäss Bundesrecht, soweit sie nicht im Rahmen von Gesamt-meliorationen durchgeführt werden, insbesondere die freiwillige Güter-zusammenlegung und die periodische Wiederinstandstellung von Boden-verbesserungen.

Begriff

## § 11

Die §§ 3, 4 und 7 finden sinngemäss Anwendung.

Verfahren

---

<sup>1)</sup> 913.2

<sup>2)</sup> Fassung gemäss RRV vom 2. Mai 2006.

*C. Landwirtschaftliche Hochbauten***§ 12<sup>1)</sup>**Einreichung  
der Gesuche

Gesuche um Beiträge sind beim Landwirtschaftsamt, Abteilung Strukturverbesserungen, einzureichen.

**§ 13**Ausrichtung  
von Beiträgen

Bezüglich Ausrichtung von Beiträgen gelten die Voraussetzungen des Bundesrechtes.

**III. Beiträge des Kantons****§ 14<sup>2)</sup>**

Grundsatz

An Bodenverbesserungen kann der Kanton im Rahmen des bewilligten Budgetkredits Beiträge entsprechend den prozentualen Ansätzen des Bundes leisten.

**§ 14a<sup>2)</sup>**

Gesamtmeliorationen

Bei Gesamtmeliorationen wird der Kantonsbeitrag davon abhängig gemacht, dass die betroffenen Gemeinden zusätzlich einen Beitrag in der Höhe von mindestens 5 % der beitragsberechtigten Kosten leisten.

**§ 14b<sup>2)</sup>**Periodische  
Wiederinstand-  
stellungen

<sup>1</sup> Bei einer periodischen Wiederinstandstellung von Bodenverbesserungen wird der Kantonsbeitrag davon abhängig gemacht, dass:

1. die rechtskräftige Auflösung der Güterzusammenlegungskorporation mehr als 20 Jahre zurückliegt;
2. die ersuchende Unterhaltskörperschaft noch nie einen solchen Beitrag für die betreffende Bodenverbesserung erhalten hat;
3. die ersuchende Unterhaltskörperschaft in der Regel ein ganzes Gemeindegebiet abdeckt;
4. die ersuchende Unterhaltskörperschaft über rechtsgenügende Statuten oder ein aktuelles Reglement verfügt;

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss RRV vom 3. September 2002.

<sup>2)</sup> Fassung gemäss RRV vom 2. Mai 2006.

5. die Anlagen bisher sachgerecht unterhalten wurden;
6. die Finanzierung der nach Abzug der Bundes- und Kantonsbeiträge verbleibenden Restkosten sichergestellt ist und
7. das Projekt in der Regel innerhalb eines Jahres ab Beitragszusicherung realisierbar ist.

<sup>2</sup> Mit dem Beitragsgesuch sind insbesondere ein Situationsplan mit den zu sanierenden Anlagen, die Statuten oder das Reglement sowie die fünf letzten Jahresrechnungen der Unterhaltskörperschaft einzureichen.

<sup>3</sup> Das Amt kann die Einzelheiten regeln.

#### § 15<sup>1)</sup>

An landwirtschaftliche Hochbauten leistet der Kanton Beiträge nach den prozentualen Ansätzen des Bundes.

Landwirtschaftliche  
Hochbauten

#### § 16

Die Ermittlung der beitragsberechtigten Kosten richtet sich nach Bundesrecht.

Beitragsberechtigte Kosten

### IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

#### § 17

<sup>1</sup> Die vor dem Inkrafttreten beschlossenen Bodenverbesserungen werden nach altem Recht weitergeführt.

Hängige  
Verfahren

<sup>2</sup> Gesuche um Beiträge an landwirtschaftliche Hochbauten werden nach dem im Zeitpunkt der Beitragszusicherung geltenden Recht behandelt.

#### § 18<sup>2)</sup>

#### § 19

Diese Verordnung tritt zusammen mit dem Gesetz über Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten (Meliorationsgesetz) vom 2. Mai 1988<sup>3)</sup> am 15. Juli 1991 in Kraft.

Inkrafttreten

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss RRV vom 19. September 1995, in Kraft gesetzt auf den 1. Januar 1996.

<sup>2)</sup> Aufhebung bisherigen Rechtes, ABl. 1991, Seite 1073.

<sup>3)</sup> 913.2